Nummer 90 | Halle, Mittwoch, den 18. April 1923 | 58. Jahrgang
Einzelpreis: 150 Mk.

Beachten Sie
die Inserate der Firma Paul Theuring
in der heutigen Nummer auf Seite 4.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3400.00 Mark, durch die Post frei zugestellt im Monat Mai Mark 3500.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 3300.00 monatlich. Die 6ögespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 150.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M ark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammel-Nummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konten: Bankhaus Heinrich Strecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Anzeigenberechnungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig

Sprunghaftes Auf und Ab des Dollar.

Zurückgreifen auf das Mai-Ultimatum / Grundlagen unserer Verständigungsbereitschaft / Stresemann über Lösungsmöglichkeiten / Ausweisung des Rheinlandkommissars / Verstärkung der Reichsbankgoldreserven im Ausland.

Anschläge auf Ententeminister.

Paris, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) In der Nähe des Bahnhofes von Aachen wurde von unbekannten Attentätern das Geleise aufgerissen, kurz bevor der Zug, in dem sich der belgische Kriegsminister befand, diese Stelle passieren sollte. Der Zug konnte rechtzeitig angehalten werden, so daß eine Entgleisung verhindert wurde. Von den Attentätern fehlt jede Spur. Außerdem sind in der Nähe von Düsseldorf gestern vormittag zwei Bomben explodiert. Man vermutet, daß es sich um ein Attentat gegen den Zug Le Trocquers handelt, der etwas später an dieser Stelle vorbeifahren sollte.

*

Zunächst sind es französische Behauptungen, die so ohne weiteres nicht glaubhaft sind. Man muß abwarten, ob sich diese Meldungen bestätigen. Nach der „Vossischen Zeitung" in Berlin wird von französischen Stellen in Essen noch folgendes behauptet: Gestern früh wurde bei Aachen von einer Wache gesehen, wie sich mehrere Personen an den Schienen zu schaffen machten. Der Posten gab Feuer und mehrere Personen flüchteten. Als die militärische Streife an die Stelle kam, an der die Betroffenen gewesen waren, entdeckte sie, daß eine Schiene aus den Laschen geschraubt und aufgerissen war. Es gelang, den in wenigen Minuten fälligen Zug, der aus Belgien kam und den belgischen Landesverteidigungsminister Deveze zu der Konferenz nach Düsseldorf bringen sollte, zum Halten zu bringen. Der Zug hielt 18 Meter vor der beschädigten Schienenstelle. Der Minister und seine Begleitung mußten den Zug verlassen und zu Fuß nach Aachen gehen. Zwei andere Attentate sind angeblich auf Züge verübt worden, in denen Le Trocquer vermutet wurde. Unter dem einen Zug, der gestern nachmittag 5,40 Uhr in Düsseldorf ankommen sollte, explodierte dicht vor Düsseldorf eine Bombe. Die Bombe muß auf den Schienen gelegen haben und von der Maschine zur Entzündung gebracht worden sein. Der unmittelbar hinter der Maschine rollende Kohlentender wurde in die Luft gesprengt und aufrecht gestellt. Es sind dabei Menschen nicht verletzt worden. Der Zug konnte erst nach dreistündiger Verspätung in die Halle des Düsseldorfer Bahnhofs einlaufen. Das andere Attentat soll sich dicht vor dem Zug zugetragen haben, in dem sich der Minister Le Trocquer wirklich befand, und zwar acht Kilometer weiter auf derselben Strecke, nach Düsseldorf zu. Die Bombe explodierte dicht vor der Maschine. Es ist jedoch, so wird versichert, kein Schaden angerichtet worden.

Die Jagd auf den Essener Handelskammersyndikus.

Essen, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Heute erschien in der Wohnung des Geschäftsführers der Essener Handelskammer, Dr. Rechlin, ernent ein starkes französisches Gendarmerieaufgebot. Da Dr. Rechlin nicht anwesend war, wurde seinen Angehörigen eröffnet, daß die Wohnung innerhalb fünf Tagen beschlagnahmt und die Familie ausgewiesen werden würde, wenn Dr. Rechlin sich nicht unverzüglich dem französischen Divisionskommando stelle. Dem Verwaltungsdirektor der Handelskammer wurde gleichfalls durch ein Militärkommando mitgeteilt, daß er nach drei Tagen verhaftet würde, wenn Dr. Rechlin sich nicht innerhalb dieser Zeit gestellt hätte. Dr. Rechlin hat die französischen Kommandos darauf hinweisen lassen, daß er nach wie vor im Kammerbezirk weile und allein für die Leitung der Geschäftsführung verantwortlich sei. Daher müßte er Einspruch gegen die Androhung der Verhaftung eines ihm unterstellten Beamten der Kammer erheben. Eine Stellung von französischen Militär- oder Zivilkommissionen käme für ihn als deutschen Staatsbürger allerdings überhaupt nicht in Frage.

Die Verkehrskontrolle im Ruhrgebiet.

Essen, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gleichzeitig mit der Verordnung über den Kohlenverkehr ist eine französische Bestimmung über den Autoverkehr eingegangen, die, wenn sie von deutscher Seite beachtet würde, den ganzen Autoverkehr den Franzosen ausliefert. Es dürfen nach dieser Bestimmung von den französischen Posten beschlagnahmt werden alle Fahrzeuge außer großen Lastwagen, wenn sie nicht einen Passierschein von französischer Seite oder einen englischen, bei dem das Visum des Generalstabes der Rheinarmee oder der französischen Militärkommission bei der britischen Armee nicht fehlt, aufzuweisen haben. Die beschlagnahmten Wagen werden zu der zuständigen Beschlagnahmekommission gebracht, wo man endgültig über sie entscheidet. Diese Anordnung läßt also den Verkehr von großen Lastwagen innerhalb des besetzten Gebiets noch frei, offenbar in Voraussicht der Ergänzung, die für Kohlenfragen in den bekannten Verordnungen bereits vorliegt und die vielleicht für andere Materialien noch folgt. Die Bestimmung ist deswegen interessant, weil sie auf die ganzen in dieser Beziehung liegenden Verordnungen ein entscheidendes Licht wirft: Das Ziel ist die Kontrolle über den gesamten Verkehr und seine Frachten.

*

Essen, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die neue Verordnung des Generals Degoutte, die den Transport von Kohle ohne Genehmigungsschein verbietet, trifft die Bevölkerung des Ruhrgebiets sehr empfindlich. Im Laufe des gestrigen Tages sind selbst kleine Mengen von einem Zentner, die auf vierrädrigen Kindermagen in die Wohnung geholt wurden, „beschlagnahmt" worden, und selbst diese kleinen Kinderwagen sind mit beschlagnahmt. Ueber die Verkehrslage im Ruhrgebiet ist folgendes zu berichten: Von den 206 Bahnhöfen des Ruhrgebiets sind im ganzen 170 von den Feinden besetzt. Auf 60 von diesen ruht der deutsche Betrieb, während die übrigen besetzten Bahnhöfe noch immer in deutschem Betriebe sind. Von den 60 der deutschen Betriebsleitung entzogenen Bahnhöfen werden 44 in mäßigem Zugverkehr von den Gegnern befahren, zehn liegen still, auf sechs ist der Betrieb infolge Besetzung angrenzender Strecken lahmgelegt. Einem aus Düsseldorf an die „Nation Belge" mitgeteilten Telegramm zufolge sind zwölf Ingenieure und Angestellte der Fabriken Krupp und Thyssen von den belgischen Besatzungsbehörden in Anklagezustand versetzt worden, da sie sich anschickten, zwei mit Kohlen beladene Züge unter Umgehung der alliierten Kontrolle aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland zu schaffen. Die beiden Züge wurden beschlagnahmt, ebenso die Verladevorrichtungen.

Der Dollar um 1 Uhr 30000!

Berlin, 18. April. Nachdem schon gestern abend auf schwächere Marknotierungen aus Neuyork eine starke Nachfrage nach Devisen eingesetzt hatte, steigerte sich heute vormittag der Begehr nach ausländischen Zahlungsmitteln in ganz ungeahnter Weise. Der Mittag brachte eine Haussebewegung. Um 3/4 1 Uhr sprang der Dollar auf 28 000, eine Viertelstunde später auf 30 000! (Näheres siehe im Handelsteil.)

*

Die Devisenspekulanten in aller Herren Länder liegen in Gemeinschaft mit Poincaré seit Wochen und Monaten auf der Lauer, um die Sanierungsaktion der Reichsregierung abzubiegen. Der Augenblick scheint ihnen gekommen mit der Zuspitzung der politischen Lage in den letzten Tagen, mit der Poincaréschen Rede in Dünkirchen, mit dem Beschluß der Pariser Reparationssachverständigen, auf der Forderung des Londoner Maiultimatums zu beharren und mit der Entschiedenheit, mit der im Deutschen Reichstag von der Regierung und den Parteien die französischen wirtschaftlichen und politischen Erpressungen abgelehnt werden. Wohl war damit zu rechnen, daß Schwankungen im Markwert noch öfter zu verzeichnen sein würden. Der Sprung von 20 000 auf 30 000 ist aber derart groß und kommt so plötzlich, daß weite Kreise des Volkes, die schon in Sicherheit sich wiegten, zweifellos von einer gewissen Beunruhigung erfaßt werden. Ruhig Blut muß jetzt mehr denn je die Parole sein. Ruhig Blut wie damals im Januar-Februar, als der Dollar auf 48 000 stieg. Wir dürfen der Reichsregierung und unseren verantwortlichen Wirtschaftsführern vertrauen, daß kein Mittel unversucht bleiben wird, die Schlappe der Mark wieder auszuwetzen. Wenn sich die Meldung einer Erhöhung der deutschen Goldbestände im Ausland bestätigt, dann ist damit auch schon ein Schritt getan, einem weiteren Markfturz vorzubeugen. Wie dieser Nebenkrieg gegen die Mark an den Börsen der Welt ausläuft, läßt sich natürlich im Augenblick nicht voraussagen. Den stärksten Sekundanten findet die Reichsregierung in diesem Kampfe zweifellos im Vertrauen des Volkes und im festen Willen die Abwehr an Rhein und Ruhr siegreich zu beenden.

Erhöhung der Golddepots der Reichsbank.

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsbank hat, wie die „D. A. Z." erfährt, ihre Golddepots in London und der Schweiz neuerdings von 165 Millionen Mark auf 300 Millionen Mark erhöht. Diese Erhöhung wird in den nächsten Bankausweisen in die Erscheinung treten. Die Goldsendungen gehen ausschließlich an die Bank von England; während das Depot in der Schweiz unverändert mit 100 Millionen Mark verblieben ist. Bemerkt sei, daß die bisherigen Golddepots von 165 Millionen Mark noch nicht in Anspruch genommen wurden und die Erhöhung nur erfolgt, um für alle Fälle gesichert zu sein.

Frankreich beharrt auf dem Londoner Zahlungsplan.

Paris, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der „Petit Parisien" mitteilt, ist in der gestrigen Besprechung Poincaré mit Barthou über den neuen französischen Reparationsplan die Aufrechterhaltung des Londoner Zahlungsplanes grundsätzlich beschlossen worden. Es würden darin nur einzelne Aenderungen vorgenommen werden, aber der frühere Zahlungsplan im Prinzip aufrechterhalten werden. Infolgedessen werde der neue Plan der englischen Regierung nicht mitgeteilt werden. Die französische Regierung sei aber bereit, ihn der englischen Regierung auf ihr Ersuchen bekannt zu geben. Eine neue Zusammenkunft zwischen Poincaré und den Sachverständigen wird am Donnerstag stattfinden.

*

Der Pariser Korrespondent der „Times" erfährt von französischen Regierungskreisen, man habe in Paris die Absicht, die britische Regierung über den Fortgang der Sachverständigenverhandlungen auf dem Laufenden zu halten. Die französische Regierung sei stets bereit, mit der britischen Regierung zu verhandeln und ihr alle wichtigen Informationen zu übermitteln. Frankreich sei Großbritannien dankbar, da es fühle, daß es von London her in den Grenzen, die der englischen Politik von Anfang an gezogen waren, unterstützt worden sei. Wenn Deutschland ein direktes Angebot mache, so würde man es anhören, aber das Angebot müßte nicht an Großbritannien oder an die eine oder andere Macht allein gerichtet werden. Wenn sich das Angebot gleichzeitig an Frankreich, Großbritannien und Belgien richte und vielleicht noch an andere Länder, so sei man in Paris zufrieden. Dem „Times"-Korrespondenten ist auch mitgeteilt worden, die Sicherheitsfrage sei nicht trennend. Frankreich werde das Rheinland nur nach den Bestimmungen des Friedensvertrages räumen und erst für die spätere Zeit könne ein besonderes Regime in Frage kommen.

Die Parteien hinter Dr. Cuno.

Das Ergebnis der außenpolitischen Debatte.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß sich auch die Aussprache der Parteiführer über die außenpolitische Lage auf dem gleichen hohen sachlichen Niveau gehalten hat wie die Rede des Reichsaußenministers v. Rosenberg. Innere Parteipolemik wurde nahezu gänzlich ausgeschaltet, und selbst die unabweisbare Polemik gegen die auswärtigen Gegner, insbesondere die Franzosen, war von einer Mäßigung in Form und Inhalt beherrscht, die dem politischen Sinn der Volksvertretung in der gegenwärtigen schweren Zeit ein rühmliches Zeugnis ausstellt. Innere Gegensätze zur Haltung der Reichsregierung traten überhaupt nicht in die Erscheinung. Nur wer ganz genau hinhörte, konnte einen Unterschied zwischen links und rechts, zwischen Sozialdemokratie und Deutschnationalen in einem Punkt entdecken: In dem Befürworten und in dem Warnen vor neuen Verständigungsvorschlägen. Man weiß, daß in den breiten Massen der Arbeiter der Glaube weit verbreitet ist, es könnte verhältnismäßig schnell zu einer Abkürzung der gegenwärtigen Leiden und zu einer Verständigung mit Frankreich kommen, wenn sich die deutsche Regierung jetzt zu einem neuen, ganz präzisen Angebot an die Entente entschließen wollte. Der Außenminister hat unter nachheriger Zustimmung der Parteiführer der Mitte dargelegt, daß es an der Verhandlungsbereitschaft Deutschlands niemals gefehlt habe, und daß eine ganze Reihe von präzisen Angeboten und deutschen Vorschlägen von Frankreich abgelehnt sei. Trotzdem hat er nicht die Folgerungen daraus gezogen, daß nun die Zeit deutscher Angebote ein für allemal vorüber sei. Im Gegenteil! Er hat, wenn man nur aufmerksam seiner Rede zuhörte oder sie nachträglich liest, ein sehr präzises Angebot aufs neue gemacht. Am schärfsten hervorgehoben wurde das in der Debatte von dem demokratischen Redner Dr. Gothein.

Mit voller Absichtlichkeit war offenbar der Inhalt des Bergmannschen Angebotes in den Mittelpunkt der Rede des Außenministers gestellt worden. Denn dieses Angebot (20 Milliarden Goldmark, zu 5 v. H. verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen, und weitere je 5 Milliarden nach 4 und 8 Jahren, wenn das internationale Anleihekonsortium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtet) wurde ausdrücklich als Ausgangspunkt und Grundlage Erfolg versprechender Lösungsversuche auch für die Zukunft erklärt. Gewiß hat der Außenminister dabei die Einschränkung gemacht, daß nach dem Ruhreinbruch die Leistungsfähigkeit Deutschlands erheblich gesunken sein dürfte und wohl erst neu durch eine internationale Sachverständigenkommission festgestellt werden müsse. Aber auch mit dieser selbstverständlichen Einschränkung, die Deutschland nur vor der Uebernahme unerfüllbarer Verpflichtungen bewahren soll, bleibt doch das Angebot durchaus bestimmt und faßbar. Nicht einmal an die Bedingung ist es geknüpft, daß Deutschland vorher auf dem Wege einer großen Auslandsanleihe die Mittel erhält, um die ersten 20 Milliarden zu zahlen; es heißt vielmehr, nur „nach Möglichkeit" solle das versucht werden. Dagegen wird ausdrücklich zugesagt, daß alsbald eine Auslandsanleihe aufgenommen werden soll, die man mit den von den Geldgebern als nötig bezeichneten Sicherheiten ausstatten und von den kapitalkräftigen deutschen Industrie- und Wirtschaftskreisen verbürgen lassen will. Sogar die Sicherheit gesetzlicher Bindungen für die Heranziehung aller deutschen Finanzkräfte wird in Aussicht gestellt. Man kann also mit Fug und Recht von einem ernsten deutschen Regierungsangebot sprechen, hinter dem das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit stehen würde. Was demgegenüber ein weiteres Drängen auf neue deutsche Vorschläge bedeuten soll, ist unerfindlich. Und wenn die Sozialdemokratie aus parteitaktischen Gründen dieses Drängen weiter fortsetzen sollte, würde sie dadurch nur das neue Regierungsangebot in seiner Wirksamkeit abschwächen und den französischen Chauvinisten als Kronzeuge für ihr Geschrei dienen, daß die deutsche Reichsregierung Verständigungsvorschläge zu machen ablehne.

Dieses Hauptergebnis der außenpolitischen Reichstagsdebatte muß vor allem festgehalten werden. Daneben verdient besondere Unterstreichung die Ablehnung der gänzlich ungerechtfertigten politischen Zumutungen Frankreichs, die weit über die Verpflichtungen des Versailler Vertrages hinausgehen. Die Abtrennung der Reichslande in irgendwelcher Form von Preußen, die Beeinträchtigung der deutschen Hoheitsrechte am Rhein, die Beherrschung des Ruhrkohlengebietes durch französische Interessen, die etappenweise Zurückziehung der französisch-belgischen Truppen von der Ruhr und ähnliche französische Vorschläge wurden von den Rednern aller Parteien als gänzlich undiskutierbar abgewiesen. Der Abg. Gothein nahm dazu noch besondere Veranlassung, den Franzosen und der Entente vor Augen zu führen, welche Vorteile sie auf dem Wege der Verständigung mit Deutschland in der Vergangenheit gehabt hätten und in der Zukunft haben könnten, wenn sie nur das redlichen Willen einer friedlichen Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke hätten. Alles in allem ist die Regierung Cuno durch die Aussprache darin bestärkt worden, daß die überwiegende Mehrheit des Reichstages und der Bevölkerung nach wie vor in der auswärtigen Politik hinter ihr steht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230418012/fragment/page=0001

Die Aussprache zur Rosenbergrede.

Die große Rede Dr. Stresemanns hatte zu einem erheblichen Teil auf den Grundlagen auf, die Abg. Gothein ihr bot. Stresemann beschäftigte sich fast ausschließlich mit dem Reparationsproblem, und der Kern seiner von weitblickender wirtschaftlicher Erwägung getragenen Ausführungen war, daß er ebenfalls ein deutsches Angebot empfehle. Als Grundlage hierfür bezeichnete er die Verbindung des sog. Bergmannschen Angebotes und des Projekts von Hughes. Dieses Projekt allein würde zu lange Zeit in Anspruch nehmen, während man doch die Leiden des Ruhrgebietes abkürzen wolle, und daher sei es geboten, mit ihnen ein sofort greifbares Angebot zu verbinden. Stresemann führte in großen Linien aus, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten über die Kurzsichtigkeit der Politik Frankreichs die Oberhand gewinnen müßten, und daß dazu durch die jedenfalls aktiv anzuerkennende deutsche Politik praktische Wege gewiesen würden. Die Aussprache dauerte bis in die Abendstunden und wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

*

Berlin, 17. April. Die politische Aussprache beim Auswärtigen Amt wird fortgesetzt. Abg. Gothein (Dem.) weist darauf hin, daß Poincaré mehrfach erklärt habe, daß Frankreich ein wiedererstarktes Deutschland zu fürchten habe. So erkläre sich die Politik der französischen Regierung, Frankreich glaube, daß jetzt die Zeit gekommen sei, das durchzusetzen, was es 1919 bei den Friedensverhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Schon damals wollte es die Rheingrenze mit den Brückenköpfen auf dem rechten Rheinufer besetzen. Heute wolle es die tatsächliche Beherrschung des Ruhrgebiets. Gewiß, es wolle das nicht auf dem Wege der formellen Annexion, weil das zu schwierig sei. Die Franzosen wählen die Formel der Besetzung des Ruhrgebiets so lange, bis die Reparationszahlungen erfolgt seien. Sie wissen diese Pfändervolitik bis zur Erledigung aller Zahlungen. Das ist das Gefährliche von allem. Denn jetzt brauchen sie der Bevölkerung keinerlei Wahlrecht und keinerlei Mitwirkung bei der Verwaltung zu geben. Sie können einfach auf Grund eines angemaßten Rechts eine Militärdiktatur ausüben. Von einer etappenweise Räumung des Ruhrgebiets könne keine Rede sein. Ebenso sei ein Rheinhafen unter Völkerbundkontrolle undiskutierbar. Ueber Armut als dauernde Knechtschaft! Wir müssen aber das schwere Joch der Bevölkerung möglich erleichtern. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet sei ein flagranter Friedensbruch gewesen. Bei der jetzigen Einstellung Poincarés und seiner Verbündeten kommen Verhandlungen doch nicht zustande. Solche Summen, wie Poincaré sie fordert, gibt es in der ganzen Welt nicht. Das reiche England habe sich Amerika gegenüber nur bereit erklärt, ganze 19 Milliarden zu zahlen, und zwar verteilt auf 62 Jahre. Von uns wird weit mehr verlangt, obwohl man unsere Wirtschaft sinnlos zerstört hat. Ein deutsches Angebot würde auf manche Kreise im Auslande einen günstigen Eindruck machen. Aber dieses Angebot könne doch nur sehr bedingt sein. Es müßte außerdem garantiert werden von den Finanzmännern der Welt. Wenn wir über unsere Produktionsmittel frei verfügen könnten, so würden wir ganz andere Leistungen vollbringen können. Heute sind wir tatsächlich leistungsunfähig. Der Redner erklärt sich bereit, die Politik zu unterstützen, die den Abschluß eines Garantievertrages bezweckt. Die Regierung müsse unterstützt werden.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vpt.)

hebt hervor, daß aktive Politik bedeutet, gegenüber jeder internationalen Situation gerüstet zu sein, um für Deutschland handelnd eingreifen zu können. Der Minister habe durch seine gestrige Rede die aktive Politik der Regierung in günstiger Weise fortgeführt. Entscheidend an ihr ist, daß sie eine geeignete Grundlage abgibt für internationale Abmachungen, falls die Entente und besonders Frankreich die Verständigung wollen. Gewiß könne eine endgültige Leistung heute ziffernmäßig nicht abgeschätzt werden. Wohl aber könne man zugrunde legen die in dem Pariser Angebot konstante Summe, zu deren Verzinsung sich Deutschland bereit erklärt habe, und die in Frage kommenden Nachzahlungen durch ein internationales Sachverständigenkonsortium nachprüfen lassen, was auch Bonar Law auf der Pariser Konferenz empfohlen habe. Als Ausgangspunkt für eine solche Summe hat auch Bonar Law die Wiederherstellung des deutschen Kredits und die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch ein internationales Gremium gefordert, um eine internationale Anleihe zu ermöglichen. Eine internationale Anleihe ist, wie die Beschlüsse des Internationalen Handelskammerkongresses in Rom sagen, für einen Staat ohne Grenzen und ohne Souveränität unmöglich zu erlangen und ebenso unmöglich ohne eine endgültige Lösung der Gesamtverpflichtungen. Für England ist es eine Frage des finanziellen Kredits, für uns nicht die Wiederherstellung der deutschen Kaufkraft wertvoller ist als der Empfang von Reparationen. Nur muß auch Frankreich anerkennen, daß die Erschütterung des Weltkrieges an keinem Volke ohne eine Erschütterung seiner Finanzen vorübergehen können. Die englische Kritik an der deutschen Finanz- und Währungspolitik verschärfte sich nicht den deutschen Währungsverfall und den Druck, der auf der deutschen Wirtschaft durch Verzögerung der Festsetzung der endgültigen Reparationsleistungen liegt. Für die Freiheit und Selbständigkeit Deutschlands würden Industrie, Finanz und Landwirtschaft die Garantieleistung für die deutsche Verzinsung übernehmen. Ebenso einmütig, wie Volk und Parteien hierin sind, ebenso einmütig sind sie darin, daß sie Widerstand bis zum Aeußersten leisten würden, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet in irgendeiner Form von Deutschland abtrennen würde.

Verschiedene Annexion ist dabei dasselbe wie offene Annexion.

Der Redner weist die Aeußerung der „Deutschen Zeitung" zurück, Deutschland wolle überhaupt nicht mehr an Frankreich zahlen. Kein verantwortlicher deutscher Politiker nehme eine solche Haltung ein, auch kein deutschnationaler. (Zustimmung rechts.) Will Frankreich Reparationen, dann ist eine Verständigung möglich, will es Rhein und Ruhr behalten, dann kann es darüber keine Verhandlungen geben. (Lebhafter Beifall.) Sind die Massenausweisungen aus dem besetzten Gebiet nicht Vorbereitungen für die Annexion? Man will die Bevölkerung jenes Gebiets führerlos machen, um dann an ihre Stelle Subjekte wie Smeets und Dorten zu setzen. (Zustimmung.) Die Voraussetzung für alle Verhandlungen muß die Erfüllung der Forderung sein, daß alle Verhafteten und Ausgewiesenen in Freiheit in ihre Heimat zurückkehren können. Es ist ganz töricht, jetzt nach dem starken Mann zu rufen, jetzt nach einem Bismarck zu rufen. Wir brauchen in dieser Uebergangszeit die Zusammenfassung aller Kräfte zur Verteidigung des Staates, wie er ist, zu einer Politik der nationalen Besonnenheit. (Lebhafter Beifall.) Abg. Leicht (Bayr. Vpt.) begrüßt mit Genugtuung, daß der Papst einen eigenen Vertreter ins Ruhrgebiet entsandt habe. Wenn Poincaré behauptet habe, Deutschland hätte nichts geleistet, so sei das ein blutiger Hohn auf alle Erfüllungspolitik. Der besonders als Erfüllungspolitiker bekannte frühere Kanzler Dr. Wirth werde dadurch zu einer ganzen Persönlichkeit gemacht. Die Tür zu Verhandlungen stehe immer offen, man müsse auf der anderen Seite nur wollen. Durchbrechungen der Einheitsfront, ob von rechts oder von links, auch von München, seien entschieden abzulehnen. Abg. Stöcker (Komm.) bezeichnet die Rede des Außenministers als inhaltlos. Die Regierung biete ein Bild völliger Hilfslosigkeit. Eine deutsche Arbeiterregierung würde dem französischen Imperialismus besseren Widerstand leisten können als die Regierung Cuno. Abg. Alpers (D.-Hann.) erklärt, daß auch die deutschen Föderalisten treu zum Vaterlande hielten. Abg. v. Graefe (Dwölf.): Deutschland hätte schon, als es 30 Goldmilliarden anbot, viel zu viel angeboten. Denn das seien 150 Billionen Papiermark. Nicht sehr erhebend sei die Anrufung der internationalen Großfinanz. Das sei ein klares Eingeständnis des Fiaskos der Regierung. Das Haus vertagt sich. Mittwoch 2 Uhr: Weiterberatung.

Londoner Stimmen.

London, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) „Daily Telegraph" schreibt heute: Eingehendere Betrachtungen der Rede Dr. Rosenbergs haben in den englischen Kreisen keine optimistischere Auffassung hervorgerufen als der erste Eindruck. Man betrachtet das Angebot von 30 Milliarden Goldmark als ungenügend vom britischen Standpunkt angesichts der zurzeit herrschenden Stimmung in Frankreich und Belgien.

*

London, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Times" stellen in ihrem Leitartikel über die gestrige Rede Stresemanns besonders fest, daß die in der englischen öffentlichen Mehrheit vorhandenen Bedenken und Besorgnisse wegen der französischen Ruhraktion nicht, wie Poincaré in Düntirchen behauptete, sich gelegt hätten, sondern unverändert fortbestehen. Das Blatt erklärt ferner, daß eine Regelung der Reparationsfrage ohne ein enges Zusammenwirken zwischen England und Frankreich nicht möglich sei.

Der Rheinlandkommissar ausgewiesen.

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) **Dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürsten von Hatzfeld-Wildenburg, ist gestern vom Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission eine Note übergeben worden des Inhaltes, daß die Aufrechterhaltung eines Reichskommissariats für die besetzten Gebiete die Autorität der Rheinlandkommission und die Ausführung ihrer Verordnungen beeinträchtige und daß daher die Mission des Reichskommissars als beendet betrachtet werden müsse. Fürst Hatzfeld hat sofort Einspruch erhoben unter Hinweis darauf, daß das Agrement zu seiner Ernennung nicht von der Interalliierten Rheinlandkommission, sondern von der Botschafterkonferenz erteilt worden sei und daß er demgemäß der Rheinlandkommission nicht das Recht zuerkennen könne, seine Mission für beendet zu erklären. Fürst Hatzfeld verfügt einstweilen entsprechend der ihm erteilten Instruktionen, die ihm unverlegt, innerhalb dreier Tage das besetzte Gebiet zu verlassen, der Gewalt weichend, mit seinem gesamten Beamtenstab das besetzte Gebiet. Die Ausweisung des deutschen Rheinlandkommissars wird von Berliner amtlicher Stelle als ein neuer Gewaltakt schlimmster Art bezeichnet. Fürst Hatzfeld habe sein Amt jederzeit in vorbildlicher Weise ausgeübt, und seine Tätigkeit in der Vertretung der deutschen Interessen verdiene uneingeschränktes Lob. Die Reichsregierung wird selbstverständlich sofort bei der Botschafterkonferenz und bei den Regierungen in London, Paris und Brüssel energischen Protest gegen diesen neuen Willkürakt der Rheinlandkommission einlegen.**

Neuer Protest gegen Massenausweisungen.

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher den dortigen Regierungen mitgeteilten Namen von Beamten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 8323 Personen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diese Massenausweisungen von Beamten durch die Interalliierte Rheinlandkommission Verwahrung ein. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat der Interalliierten Rheinlandkommission eine Abschrift der Note überreicht.

Neue Ausweisungen von Deutsch-Demokraten.

Die Liste führender Demokraten, die unter dem Terror der Franzosen für das Vaterland leiden und dulden müssen, hat sich in den letzten Wochen wieder um vier Namen vermehrt. Wie üblich, wurden ohne Angaben von Gründen ausgewiesen: Professor Dr. Krüger-Trier, Regierungspräsident Dörr-Birkenfeld, Mitglied des Oldenburgischen Landtags, Geheimer Justizrat Alberti, der greise Stadtverordnetenvorsteher von Wiesbaden, und Symbikus Dr. Hainsch-Mörs. Daß unter den Ausgewiesenen sich wieder ein Parlamentarier befindet, ist ein trübes Zeichen für die Auffassung und Wertschätzung, die die Franzosen der Freiheit des Parlamentarismus im fremden Land entgegenbringen.

Bayern und der Selbstschutz.

München, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Im Haushaltsausschuß des Landtages fragte gestern der Abgeordnete Graf Pestalozzi (Bayr. Volksp.) die Regierung, ob sie für den Fall rechtsradikaler Angriffe alle Vorbereitungen getroffen und alle Machtmittel in der Hand habe, um gegebenenfalls rechtsradikale Vorstöße in den Schranken zu halten, und ob sie insbesondere der Landespolizei sicher sei. Der demokratische Abgeordnete Hübsch schloß sich dieser Anfrage an. Der Minister wandte sich zunächst gegen die Uebungen der vaterländischen Organisationen sowohl, wie auch der linksgerichteten Kreise und ermahnte dringend, alles zu unterlassen, was als Kriegsvorbereitung gedeutet werden könnte. Es dürfe nichts geschehen, was unseren Abwehrkampf an Rhein und Ruhr schwächen oder lähmen könnte. Die Frage, ob die Regierung im Falle von Ausschreitungen die notwendigen Machtmittel besitze, könne er durchaus bejahend beantworten, da er gewiß sei, daß alle Beamten, namentlich auch die Landespolizei, in vollem Maße ihre Pflicht tun würden. In der Angelegenheit der Redakteure Weger und Eckart erklärte der Minister, daß diese beiden den Reichspräsidenten bzw. den früheren Reichsjustizminister mit schweren Beleidigungen bedacht hätten, die mit der Betätigung vaterländischer Gesinnung nicht das geringste zu tun haben. Der Ministerrat sei einstimmig der Ansicht, daß die Haftbefehle des süddeutschen Senats nach Gesetz und Vertrag vollzogen werden müssen. Es sei tief bedauerlich, daß in dieser Zeit, wo der Feind im Land stehe und Tausende von Volksgenossen um den Fortbestand unseres Volkes ringen, einige Vertreter der vaterländischen Verbände mit Forderungen hervorgetreten seien, die nach dem Gesetz unerfüllbar seien und deren Verwirklichung schwere innere und äußere Erschütterungen mit sich bringen müßten.

Auch Hitler stellt sich der „Leipziger Tschela" nicht.

München, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Das Organ der Nationalsozialisten, „Der Völkische Beobachter", erklärt heute zu dem gegen Hitler eingeleiteten Verfahren vor dem Staatsgerichtshof, daß Hitler selbstverständlich nicht vor der „Leipziger Tschela" erscheinen werde.

Wiederzusammentritt des Landtages.

Berlin, 17. April. Im Preußischen Landtag wurde die Eröffnungssitzung nach den Osterferien am Dienstag mit einer Protesterklärung des Präsidenten Leinert eröffnet gegen die neuesten Gewaltakten der französischen und belgischen Einbrecher. Das Blutbad in Essen und die neuen Ausweisungen preußischer Landtagsabgeordneter gäben einen lehrreichen Kommentar für die Worte Poincarés in Dünkirchen über Menschenrechte und Achtung der Volkssouveränität. Die Mitglieder des Hauses hatten sich erhoben, nur die Kommunisten waren wie üblich sitzengeblieben. Sie insinzierten anschließend vor Eintritt in die Tagesordnung noch eine Entrüstungsszene, indem sie den von vornherein aussichtslosen Versuch unternahmen, zwei kommunistische Interpellationen, darunter die über das Verbot der „Roten Fahne" zur sofortigen Beratung zu bringen. Der Antrag fiel natürlich. Darauf setzte das Haus die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt fort. Die Einzelbesprechung brachte eine große Fülle neuer Reden. Insbesondere unterhielt man sich über ärztliche Ehrengerichte, Bekämpfung der Tuberkulose, Unterstützung des Bezirksammenweisens sowie Bekämpfung der Kinderverbl.chkeit. Zum Schluß rief der Antrag des Hauptausschusses auf Unterstellung sämtlicher preußischer Staatsbäder unter das Wohlfahrtsministerium eine eingehende Diskussion hervor. Die Deutschnationalen bekämpften den Antrag, da seine Durchführung nur unnötige Kosten verursache. Das Zentrum und die Sozialdemokraten traten für den Antrag ein, da sich die Einzelministerien weniger von dem Interesse der Volksgesundheit, sondern von fiskalischen Rücksichten leiten ließen. Desbalb sei die Unterstellung unter das einzig zuständige Ministerium, das Volkswohlfahrtsministerium, eine berechtigte Forderung.

Französischer Patentraub. Aus Paris wird gedrahtet: Die interalliierte Kommission zur Ausbeutung deutscher Patente beschloß, alle deutschen Rechte an dem Patent Meißner, das für die Radio-Elektrotechnik außerordentliche Bedeutung hat, den deutschen Inhabern abzuerkennen und französischen Bewerbern zu übertragen.

Millionendiebstahl in Duisburg. Gestern „beschlagnahmten" die Besatzungsbehörden in Duisburg wahrscheinlich im Zusammenhang mit der von der Stadtverwaltung abgelehnten Kontributionsforderung von 75 Mill. M. die gesamte Tageseinnahme der städtischen Kassen in Höhe von 8 Mill. M. und Verrechnungsscheks im Betrage von 12 Mill. M.

Menschen, die von selber brennen.

Es ist eine noch heute weitverbreitete Ansicht, mit der sich nicht selten die Kriminalisten ernstlich beschäftigen mußten, daß gewisse Leute, so vor allem zur Fettleibigkeit neigende Weiber oder Branntweintrinker besser als andere Menschen brennen, ja sogar ohne Berührung mit einer nahen Flamme von selber zu brennen beginnen. Dieser Glaube war so eingewurzelt, daß erst ein Mann wie Justus von Liebig ihm einen Stoß versetzen konnte, und um diesen Glauben zu zerstören, mußte er erst ein ganzes Buch schreiben. Bis zu seiner Zeit waren etwa 50 solcher „Selbstverbrennungen" in der Fachliteratur bekanntgeworden, aber in keinem der Fälle war jemand Augenzeuge auch nur der letzten Phase der Verbrennung gewesen. Man schloß eben auf eine „Selbstverbrennung", wenn man irgendwo angekohlte oder halbverbrannte Menschen fand, von denen man nicht wußte, wie sie „in Brand geraten" waren.

Der allgemeine Glaube ging so weit, daß man behauptete, jene besonders disponierten Menschen würden von den Flammen bis auf ganz geringe Knochenreste, fast ohne Asche zu hinterlassen, verzehrt, ja in einigen Fällen wurde „konstatiert", daß von dem ganzen brennenden Menschen nichts anderes übrig blieb als ein — Fettfleck auf dem Boden des Zimmers und ein seltsamer Geruch. Heute wissen wir aus zahlreichen Morden, daß solche Fälle lediglich auf Verbrechen zurückzuführen sind, bei denen man die Leichenteile nicht völlig verbrennen konnte oder bei denen man durch den süßlichen Leichengeruch früher auf das Verbrechen aufmerksam wurde, als es den Mördern lieb war. In früheren Zeiten konnten Mörder, die ihre Opfer ganz oder teilweise durch Feuer beseitigten, sich hinter jener Theorie der „Selbstverbrennung" verschanzen: „Der Mann war ein starker Branntweintrinker!" oder „Die Frau hatte ein unerklärliches Leiden, das ihren Körper ebenso brennfähig gemacht hat!" und schon gaben sich die Behörden damit zufrieden. Ja, in einem Fall wurde einmal ein Mann, den wir heute sofort für einen Mörder halten würden, aus dem Gefängnis entlassen, weil Sachverständige sich für die Tatsache der „Selbstverbrennung" einsetzten.

Im Jahre 1725 hatte man die verkohlten Ueberreste der Frau des Reimser Bürgers Millet in der Küche vorgefunden. Von dem Körper war nichts anderes übriggeblieben als einige Teile des Kopfes, der Beine und der Wirbelsäule. Da Millet eine Magd hatte, die jünger und hübscher als seine Frau war, glaubten die Behörden an einen Mord, ließen sich aber dann von den Sachverständigen eines Besseren belehren. Heute wäre die Auffindung solcher Leichenteile als glatter Beweis dafür betrachtet, daß man den Teil des Körpers, der die tödliche Schuß- oder Stichwunde gezeigt, oder aus dem man — Magen und Gedärme — auf einen Giftmord schließen könnte, bereits durch Feuer oder auf andere Weise beseitigt hat.

Liebig ist in seinem Kampf gegen die „Selbstverbrennung" und „Selbstentzündung" von Menschen wohl auch etwas zu weit gegangen. Er hat auch bestritten, daß im menschlichen Körper brennbare Gase entständen. Eine Reihe neuerer Aerzte hat aber konstatiert, daß im menschlichen Magen brennende Gase entstehen und sich auch entzünden können, freilich hat man in solchen Fällen keine Verbrennung des Körpers, sondern nur die Entstehung von Brandblasen am Mund und Versengen des Bartes beobachten können. -ld.

Neuerwerbungen des Germanischen Museums in Nürnberg.

Das Germanische Museum in Nürnberg hat in den letzten Monaten eine stattliche Reihe wichtiger und bedeutsamer Neuerwerbungen für seine kunst- und kulturgeschichtlichen Sammlungen machen können. Unter diesen steht an erster Stelle die noch mit ihrer wohlerhaltenen ursprünglichen Polychromie, dem Gold des Gewandes und dem Kastanienbraun des langgelockten Haares ausgestattete Holzfigur des jugendlichen Johannes des Täufers, die zwar aus einer Kapelle in Schlitzburg am Bodensee stammt, aber aus dem Kunsthandel erworben werden mußte. Es handelt sich um einen Typ dieses Heiligen, wie er aus solch früher Zeit (um 1360) sonst nicht auf uns gekommen ist. Nicht minder wichtig für die Geschichte der deutschen Plastik ist die neuerworbene Holzfigur einer Heiligen Elisabeth von dem bekannten Würzburger Meister Tilmann Riemenschneider. Aus den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts stammend, ist sie durch eine sorgfältige Durcharbeitung aller Einzelheiten ausgezeichnet und stellt durch ihre unmittelbare Wirkung als Verkörperung hingebungsvoller Menschenliebe die schon seit Jahrzehnten im Museum befindliche, dem gleichen Meister zugeschriebene größere Elisabethfigur weit in den Schatten.

Für die Gemäldesammlung aber bedeutet der lebensgroße Akt einer Judith mit dem Haupte des Holofernes von Hans Baldung Grien eine nicht hoch genug anzuschlagende Ergänzung. Das Gemälde, welches nicht nur signiert, sondern auch datiert ist und dem Jahre 1525 angehört, hat seinen Weg von Italien über Frankreich und Holland in das Germanische Museum gefunden. Der reife Frauenkörper der alttestamentlichen Heldin ist offensichtlich nach einem lebenden Modell geschaffen. Die Zurückgewinnung dieses Meisterwerkes aus dem Ausland darf für das Germanische Museum als um so willkommener gelten, als mit Bezug auf den großen Zeitgenossen und Freund Dürers erst durch dieses Bild für die beiden allegorischen Frauengestalten der Weisheit und Musik, welche bei dem Bildertausch zu Hugo von Tschudis Zeiten an die Alte Pinakothek in München abgegeben werden mußten, ein vollwertiger Ersatz geschaffen ist.

Inzwischen sind die für die vereinigten graphischen Sammlungen der Stadt Nürnberg und des Germanischen Museums hergerichteten Räume und Säle im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes am Kornmarkt der Oeffentlichkeit übergeben worden. In ihnen wird zurzeit eine Auslese von Frühwerken des Holzschnittes auf Einzelblättern und in Büchern gezeigt, eine Auswahl von Bucheinbänden von den kostbaren Lederschnittarbeiten des 15. bis zu den perlgestickten und silbernen Goldschnitt-Büchern des 18. Jahrhunderts und eine Reihe älterer Handschriften vom 8. Jahrhundert, Wiegendrucke der verschiedensten deutschen Offizinen, Kaiserurkunden, Wappenbriefe und Autographen von Luther, Melanchthon, Götz von Berlichingen, Wallenstein, Goethe, Schiller, Kant und Fichte.

Wie man Bücher fälscht. Als die Preise der alten Bücher mit der Zeit zu steigen begannen, fing indessen auch bald das Fälschen der Bücher an, und zwar das Fälschen des Textes wie auch das Fälschen der buchbinderischen Arbeit an den alten Büchern. Beliebte Fälschercktunste sind beispielsweise das Umändern oder Ausbessern sehr schlecht erhaltener alter Bücher oder das Zusammenfügen von zwei Büchern zu einem. Die modernen Fälscher bedienen sich, den technischen Fortschritten unserer Zeit angemessen, natürlich schon viel feinerer Mittel zu ihren Fälschungen. So gelingen besonders mit Hilfe des Lichtdruckverfahrens sehr geschickte Fälschungen, indem man fehlende Teile gut ergänzen kann; die einzige Schwierigkeit hierbei ist nur die Beschaffung echter alter Papiere, die ja meistens gleich gut gelingt. Ferner werden vielfach auch neuerdings auch die Titelblattfälschungen, die namentlich dann ausgeübt werden, wenn es sich darum handelt, seltene Erstausgaben vorzutäuschen. Um echten alten Büchern erhöhten Wert zu verleihen, werden auch oft Initialen und Miniaturen hineingemalt, wogegen das nachträgliche Bemalen von Holzschnitten mehr und mehr abgekommen ist. Versucht sich ein Fälscher darauf, Landschaften nachzuahmen, so beschäftigt er sich auch gern damit, in alte Bücher Widmungen berühmter Männer oder sonst irgendwelche handschriftliche Bemerkungen hineinzuschreiben. Unter diesen Fälschungskünsten spielen besonders die Eintragungen von Luthers Namenszug eine große Rolle. Manchmal werden auch alte echte Exlibris in alte wertlose Bücher geklebt, um ihnen dadurch Sammelwert zu geben. Jedenfalls ist auch beim Sammeln alter Bücher eine gewisse Vorsicht geboten; denn wenn auch, wie eingangs erwähnt, Bücherfälschungen nicht häufig vorkommen, so sind sie dafür um so geschickter gemacht und daher für den Laien besonders schwer erkennbar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230418012/fragment/page=0002